

Unbesteuertes Reichtum gefährdet unsere Zukunft! Ja zu sozialer Gerechtigkeit! Ja zur Vermögenssteuer!

Krisenbedingt steigende Staatsschulden sowie dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Gesundheit, Pflege, öffentlichen Verkehr und nachhaltige Energieträger erfordern neue Einnahmequellen für das österreichische Staatsbudget. Seit dem Sommer wird die Diskussion über mögliche neue Steuern zur Konsolidierung des Budgets intensiver. Allerdings geht es nicht darum, einfach neue Einnahmequellen zu erfinden. Vielmehr sollen durch Steuern jene Effekte erzielt werden, die eine neuerliche Krise der Finanzmärkte verhindern und für mehr Gerechtigkeit sorgen. Die TrägerInnen der Allianz „Wege aus der Krise“ fordern gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen die Einführung einer Vermögenssteuer für jene, die überflüssiges Vermögen besitzen. Dieses Vermögen liefert den Finanzmärkten Geld für Spekulationen (hohes frei verfügbares Vermögen fließt nur bis zu einem gewissen Grad in den Konsum von Gütern, der Rest wird veranlagt). Während der Großteil der Steuereinnahmen (65 Prozent) derzeit aus Lohn- und Umsatzsteuern erzielt wird, trägt die Besteuerung von Vermögen nur 1,4 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei. Für eine zukunftsfähige Finanzierung des öffentlichen Budgets ist ein höherer Beitrag von Steuern auf dieses Vermögen, das sich in den Händen einiger weniger Menschen befindet, unverzichtbar. Es geht also um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast, die Sicherstellung ausreichender Finanzmittel für Zukunftsinvestitionen und die Verringerung von Spekulationen auf den Finanzmärkten.

**Wir brauchen jetzt ein Zukunftsbudget.
Wir brauchen jetzt Vermögenssteuern!**

- ➔ Weil alle einen gerechten Beitrag zur Finanzierung des Staates leisten sollen!
- ➔ Weil wir dringend Zukunftsinvestitionen in Bildung, soziale Sicherheit (Pflege, Kinderbetreuung, Gesundheit), nachhaltige Mobilität, qualitätsvolle Gemeindedienstleistungen und Klimaschutzmaßnahmen brauchen!

Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen kamen in den bisherigen Debatten zum Thema Vermögenssteuer noch viel zu kurz. Dieses Fact Sheet will einen Beitrag zu einer inhaltlichen Diskussion über das Thema Vermögenssteuer leisten und dabei auch Gegenargumente darstellen. Machen Sie sich selbst ein Bild!

Vermögenssteuern: Mythos und Realität

Widersprüchliche und verwirrende Angaben und Aussagen zu Vermögen und Vermögenssteuer in den Medien führen dazu, dass viele Menschen Vermögenssteuern ablehnen, obwohl sie persönlich gar nicht betroffen sind. Konkrete Fragen wie „Wer ist reich?“, „Was ist Vermögen?“, oder „Trifft die Vermögenssteuer den „Häuselbauer“ und die „Oma mit dem kleinen Sparbuch“ wirklich?“ werden selten beantwortet.

Was ist Vermögen und wie entsteht es?

Vermögen ist durch eine größere Dauerhaftigkeit als Einkommen gekennzeichnet und kann selbst Einkommen schaffen. Es gibt unterschiedliche Arten von Vermögen: Immobilienvermögen, Geldvermögen (Spareinlagen, Anleihen, Aktien, Unternehmensbeteiligungen etc.), immaterielles Vermögen (Lizenzen, Urheberrechte, Patente), Naturvermögen und Haushaltsvermögen (Auto, Schmuck, Antiquitäten). Nettovermögen bezeichnet die Summe von Geldvermögen und Immobilienvermögen unter Abzug der Schulden. Bruttovermögen

Eine Initiative von

beinhaltet Nettovermögen plus Schulden. Vermögen können vor allem Menschen mit entsprechend hohem Einkommen bilden. Werden diese Einkommen nicht oder zu gering besteuert, nimmt auch die Ungleichheit der Vermögensverteilung zu. Personen mit niedrigem Einkommen können allenfalls über Erbschaften zu Vermögen kommen. In den Genuss von Erbschaften kommen auch vor allem Menschen, die bereits Vermögen besitzen. Nur 20 Prozent der Bevölkerung in Österreich haben jemals geerbt, 2 Prozent aller Haushalte in Österreich vereinen fast die Hälfte des gesamten Erbschaftsvolumens auf sich. Durch Miet- und Pachteinkünfte, Zinsen und Dividenden kann vererbtes Vermögen zu weiteren Vermögenssteigerungen führen. Bestehende Vermögensunterschiede werden so über Generationen hinweg weitergegeben.

Welches Vermögen gibt es in Österreich und wie ist es verteilt?

Datenquellen zur Berechnung des Nettovermögens privater Haushalte, wie es sie für andere Länder seit langem gibt, sind in Österreich nicht verfügbar. Das hat zur Folge, dass Informationen und Daten über Privatvermögen und dessen Verteilung nur spärlich vorhanden sind. Während die öffentliche Hand über die Einkommens- und Vermögenssituation von Menschen, die von Armut betroffen sind, bestens Bescheid weiß und maximale Transparenz fordert, gibt es über reiche Menschen und die Art und Weise, wie sie zu ihrem Vermögen gelangten, kaum Informationen. Auch wenn das genaue Gesamtvermögen aufgrund der schlechten Datenlage unbekannt ist, lässt sich auf Basis vorhandener Daten mit Sicherheit sagen: Österreich ist reich und dieser Reichtum ist äußerst ungleich verteilt. Eine sehr kleine Gruppe von Menschen besitzt den Großteil des Geld- und Immobilienvermögens.

Summiert man die bekannten Werte des gesamten Immobilienvermögens von 880 Mrd. € und des Nettogeldvermögens von 300 Mrd. € kommt man auf über eine Billion €. Es wird vermutet, dass die obersten 10 Prozent der ÖsterreicherInnen wenigstens 60 Prozent des Gesamtvermögens besitzen.



Gerecht?

a) Verteilung des Geldvermögens

Das Geldvermögen privater Haushalte ist mit 440 Mrd. €, das Nettogeldvermögen (= Geldvermögen minus Schulden) mit 294 Mrd. € anzusetzen¹. 54 Prozent² des Bruttogeldvermögens sind in Händen von 10 Prozent der Haushalte; der Rest teilt sich auf die übrigen 90 Prozent der Haushalte auf. Das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg in den letzten 30 Jahren um 406 Mrd. €.



Gerecht?

b) Verteilung des Immobilienvermögens

Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich beträgt rund 880 Mrd. €³. 10 Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen 61 Prozent von diesem Vermögen (530 Mrd. €). Der Großteil davon (370 Mrd. €) besteht aus zusätzlichen Immobilien, also aus Zweithäusern oder -wohnungen. Der Wert der Hauptwohnsitze dieser Haushaltsgruppe beträgt 170 Mrd. €⁴. 40 Prozent der Menschen in Österreich besitzen gar keine Immobilie⁵!



Gerecht?

c) Verteilung der Unternehmensbeteiligungen

Nur 3 Prozent der Haushalte in Österreich besitzen Anteile an GmbHS, deren Gesamtwert 18,6 Mrd. € beträgt. Innerhalb dieser Gruppe ist der Besitz stark auf eine kleine Personengruppe konzentriert: 10 Prozent der AnteilhaberInnen besitzen 92 Prozent der Anteile⁶.

Gerecht?

Das vorhandene Vermögen ist also in Österreich – wie in vielen anderen Ländern – sehr ungleich verteilt. In den letzten drei Jahrzehnten haben Vermögenskonzentration und die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen stark zugenommen.

Warum gibt es immer mehr große und konzentrierte Vermögen? Politische Entscheidungen wie die Liberalisierung der Finanzmärkte und des Welthandels oder das Senken von Steuern auf Kapital haben dazu beigetragen, dass die Verhandlungsmacht von Kapitaleignern gegenüber dem Rest der Gesellschaft erhöht wurde. Die Folge davon waren und sind: stagnierende Löhne in einer Vielzahl von Ländern und explodierende Gewinne von großen Unternehmen und Finanzinvestoren. Das hat einer kleinen Elite enorme Vermögenszuwächse beschert. Je höher die Vermögen einer Person oder eines Haushaltes sind, desto schneller wachsen sie auch, z.B. durch Spekulation auf Finanzmärkten. Diese Vermögensansammlung hat letztlich mit „Leistung“ nichts mehr zu tun. Viele Personen, die große Vermögen besitzen, müssen ohnehin aufgrund ihres Vermögens nicht arbeiten. Tun sie es doch, können auch sie nicht um so vieles mehr leisten als andere Menschen.

Wie könnte eine Vermögenssteuer in Österreich aussehen?

Vermögenssteuern sind ein wichtiger Schritt zu einer gerechteren Gesellschaft. Sie sind eine Maßnahme von vielen und müssen mit anderen politischen Maßnahmen, z.B. zur Verringerung von Einkommensungleichheit, kombiniert werden. Wir treten für eine Vermögenssteuer in Österreich ein, die jene 10 Prozent der Menschen in Österreich trifft, die über 60 Prozent des Vermögens besitzen. Verschiedene Modelle zeigen, dass diese Steuer durch Freibeträge so gestaltet werden kann, dass genau diese Gruppe von der Steuer betroffen ist und in Summe ca. 3,5 Mrd. € an Einnahmen zu erwarten sind⁷.

Ein Beispiel:

Das GPA-Modell schlägt pro Haushalt einen Freibetrag von 500.000 € Nettovermögen (Nettovermögen = vorhandenes Geld- und Immobilienvermögen abzüglich laufender Kredite) vor. „Hausrat“ – z.B. Schmuckstücke oder Bilder – ist von dieser Vermögenssteuer ausgenommen.

Vermögenssteuerhöhe (lt. GPA-Modell)

Nettovermögen € / ATS		Vermögenssteuer	jährlicher Betrag
bis 500.000 €	bis 6,8 Mio ATS	-	-
750.000 €	10,3 Mio ATS	0,45 %	625 €
1.000.000 €	13,7 Mio ATS	0,65 %	1.750 €
1.250.000 €	17,2 Mio ATS	0,85 %	3.375 €
1.500.000 €	20,6 Mio ATS	1,05 %	5.500 €
1.750.000 €	24,1 Mio ATS	1,25 %	8.125 €
2.000.000 €	27,5 Mio ATS	1,45 %	11.750 €

(Quelle: GPA- Modell)

Vor dem Hintergrund der Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger wird sichtbar, dass mit einer Vermögenssteuer, wie z.B. von der GPA vorgeschlagen, Vermögende verhältnismäßig kleine Beiträge leisten würden, um wichtige Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Angesichts der großen Ungleichheit bei der Vermögensverteilung wäre auch ein höherer Beitrag durchaus gerecht und zu diskutieren.

ABER: Trifft diese Vermögenssteuer nicht auch den „Häuselbauer“ und die „Oma“ mit dem Sparbuch für die Enkerln, also die klassische Mittelschicht?

Ganz klar – nein! Die derzeit diskutierten Freibeträge bewegen sich zwischen 1 Mio. (SPÖ) und 500.000 €. D.h. dieser Betrag ist für jeden Haushalt steuerfrei. Bei einer Freigrenze von 500.000 € Nettovermögen pro Haushalt zahlen die meisten ÖsterreicherInnen keine Vermögenssteuer, da ihre Vermögen weit unter diesen Freigrenzen liegen. Zwar kann aufgrund der mangelnden Datenbasis

nicht genau gesagt werden, wie viele Haushalte in Bezug auf ihre jeweiligen Nettovermögen von derartigen Steuern betroffen wären, dass es wenige sein würden, ist trotzdem klar. Warum?

Laut Daten der Österreichischen Nationalbank (für das Jahr 2008) liegt das durchschnittliche Immobilienvermögen bei rund 250.000 €. Das durchschnittliche Geldvermögen liegt (laut Sozialbericht 2007-2008) bei rund 55.000 €, also weit entfernt von den Freigrenzen von 500.000 bzw. 1 Mio. €. Zudem besitzen aufgrund der besonders ungleichen

Verteilung jeweils rund 75 Prozent der Haushalte weniger als der durchschnittliche Haushalt. Selbst bei Freibeträgen von „nur“ 500.000 € wären weniger als 10 Prozent in Bezug auf ihre Immobilienvermögen betroffen. Nicht berücksichtigt wird außerdem, dass die meisten Immobilienvermögen mit Hypotheken belastet sind, die ebenfalls noch zum Abzug kämen.

ABER: Es gibt doch zu wenig Reiche, damit so eine Steuer Sinn macht?

GegnerInnen einer Vermögenssteuer behaupten oft, dass es zu wenig Reiche gibt, und daher eine solche Steuer keinen Sinn mache. Ein Blick auf die ungleiche Vermögensverteilung und die Höhe der Vermögenssubstanz zeigt jedoch, dass nicht die Anzahl der Reichen relevant ist, sondern es darum geht, wieviel die Gruppe der Reichen in Summe an Vermögen besitzt! Außerdem sind Einnahmen durch eine Vermögenssteuer vom vorgeschriebenen Steuersatz abhängig. Eine prozentuelle Staffelung wie bei der Einkommenssteuer kann so gestaltet werden, dass Superreiche einen entsprechenden Beitrag leisten.

ABER: Flüchtet das Vermögen dann nicht ins Ausland?

Der Großteil der Vermögenswerte (Immobilien, Grundstücke) ist immobil (unbeweglich), kann also nicht flüchten; auch Stiftungsvermögen können nur zu einem extrem hohen Preis ins Ausland übersiedelt werden. Da von allen Industrieländern nur in Tschechien vergleichbar niedrige Vermögenssteuern wie in Österreich existieren, sind die „Fluchtmöglichkeiten“ für Vermögen relativ eingeschränkt. Die verbleibenden harten Steueroasen (Lichtenstein, Schweiz, Monaco) könnten relativ problemlos geschlossen werden, indem über den freien Kapitalverkehr der EU mit Drittländern Informations- bzw. Auskunftspflicht über DevisenausländerInnen bzw. Kooperationspflicht in Steuerfragen verhängt wird. Bei Nichteinhaltung könnte der freie Kapitalverkehr und damit der „Fluchtweg“ versperrt werden.

ABER: 10 Prozent der BestverdienerInnen zahlen doch schon 60 Prozent des Einkommenssteueraufkommens.

Das stimmt und ist gut so, ist aber auch eine Folge davon, dass die Einkommen im unteren Bereich viel zu niedrig sind und diese Gruppe daher keine Einkommenssteuer zahlt.

GegnerInnen einer Vermögenssteuer versuchen oft trotzdem mit diesem Argument den Eindruck zu erwecken, dass es ungerecht wäre, wenn jene, die aufgrund ihres Verdienstes ohnehin schon einen Beitrag leisten, über eine Vermögenssteuer nochmals zur Kassa gebeten werden. Äpfel mit Birnen zu vergleichen macht jedoch keinen Sinn, denn: Einkommenssteuer und Vermögenssteuer bzw. vermögensbezogene Steuern sind zwei gänzlich unterschiedliche Steuerformen, die immer schon nebeneinander existiert haben und in allen Industrieländern nebeneinander bestehen. Auch der Eindruck, dass gut verdienende Menschen den Großteil der Steuerlast tragen, stimmt nicht. Betrachtet man die gesamten Abgaben (einschließlich Sozialversicherung, Massensteuern usw.), die von den Menschen gezahlt werden, ergibt sich, dass die 10 Prozent Ärmsten mit rund 37,3 Prozent annähernd so viele Steuern und Abgaben leisten wie die 10 Prozent Reichsten mit 40 Prozent⁸.

ABER: Wird mit der Vermögenssteuer nicht bereits versteuertes Einkommen nochmals besteuert?

In allen Industrieländern werden Steuern auf unterschiedliche Quellen eingehoben. So wird Einkommen durch Lohn- und Einkommenssteuer besteuert, Kapitaleinkommen mit der Kapitalertragssteuer erfasst. Des weiteren gibt es diverse Verbrauchsteuern (z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer usw.).

Wir alle sind also aufgrund dieser unterschiedlichen Steuern mehrfach besteuert. Die Besteuerung von Vermögensbeständen ist eine weitere Steuerkategorie, die seit jeher Teil von Steuersystemen war und ist. Ihre Einhebung ist eine Frage des politischen Willens.

ABER: Ist das nicht eigentlich eine Enteignung von Eigentum?

Nein, denn in allen entwickelten Ländern werden zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben unterschiedliche Quellen besteuert: Arbeit, Kapital, Konsumgüter – und eben auch Vermögen. Die hier vorgeschlagene Vermögenssteuer würde wie andere Steuern einen Beitrag zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen bedeuten. Würde man obigem Argument folgen, würde jede Steuer, auch die auf Löhne und Einkommen oder auf Verbrauchsgüter, Enteignung bedeuten.

Sie wollen wissen, ob und wie viel Sie an Vermögenssteuer zahlen müssen?

Wir haben einen Vermögenssteuerrechner auf der Basis des GPA-Vermögenssteuermodells auf unserer Website www.wege-aus-der-krise.at eingerichtet. Geben Sie dort die Höhe Ihres Nettovermögens ein, und Sie sehen gleich, ob bzw. wie viel Steuern Sie zahlen würden.

Vermögenssteuer jetzt! Warum wir eine Vermögenssteuer brauchen.

Mehr denn je brauchen wir heute Investitionen in die Zukunft: in bessere Bildung, Pflege, Gesundheit, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, den Ausbau von öffentlichem Verkehr,

nachhaltigen Energieformen und Klimaschutzmaßnahmen. Tausende Arbeitsplätze können so geschaffen und zugleich ein Beitrag zu mehr sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit geleistet werden.

Unbesteuert Reichtum gefährdet unsere Zukunft und verschärft die soziale Ungerechtigkeit.

Ein Nein zu einer Vermögenssteuer bedeutet, sich vor den Karren der Reichsten spannen zu lassen!

Engagieren Sie sich jetzt gemeinsam mit uns für die Einführung einer Vermögenssteuer! Und damit für ein Zukunftsbudget!

Was können Sie tun?

- ➔ Nehmen Sie an unserer Email-Aktion teil und fordern Sie Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll auf, die Einführung der Vermögenssteuer für das Budget 2011 zu beschließen (E-Mail-Aktion unter www.wege-aus-der-krise.at).
- ➔ Kontaktieren Sie die Nationalratsabgeordneten Ihres Bundeslandes (Liste mit Emailadressen unter www.wege-aus-der-krise.at) und fordern Sie diese auf, sich für die Einführung der Vermögenssteuer einzusetzen.
- ➔ Erzählen Sie Ihrer Familie, Ihren Freunden und Freundinnen von unserer Initiative und überzeugen Sie sie, sich ebenfalls für eine Vermögenssteuer einzusetzen!
- ➔ Organisieren Sie Vorträge in Ihrer Gemeinde oder schreiben Sie einen Beitrag in Ihrer Bezirkszeitung.
- ➔ Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! Konto-Nr.: 05010-225-436, lautend auf „Wege aus der Krise“, BAWAG, BLZ 14 000.

1) OeNB: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung 2009; Vermögensbildung privater Haushalte verliert an Schwung, Presseausendung, 19. April 2010.

2) Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Sozialbericht 2007-2008, S. 278

3) Fessler P., Mooslechner P., Schürz M., Wagner, K. 2009. Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/09. Wien. OeNB. 104-124. www.oenb.at/de/img/gewi_2009_q2_analyse05_neu_tcm14-140716.pdf

4) Fessler, P., M. Schürz (2010). Informationen zum kleinen Häuselbauer. In: Wirtschaft und Gesellschaft 36. Jahrgang (2010) Heft 2.181-198

5) Sozialbericht 2004, OeNB, EU-SILC 2008, AK OÖ

6) OeNB/Der Standard, 12. Jänner 2010

7) www.zsi.at/attach/1SozialeInnovationkonkret.pdf, www.fsg-gpa-djp.at/cms/uploads/steuern3.pdf

8) WIFO – Umverteilung durch den Staat in Österreich, S. 5. www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36802&typeid=8&display_mode=2